

VdAW e.V. ♦ Wollgrasweg 31 ♦ 70599 Stuttgart

Landtag von Baden-Württemberg
Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart

Datum: 22.09.2023

Name: Brigitta Hüttche

Telefon: 0711-16779-27

E-Mail: huettche@vdaw.de

Zeichen: Hü-2023-4097

"Krisenfeste Gesellschaft" viertes Handlungsfeld „ökonomische Aspekte“

Stellungnahme Enquetekommission

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie haben uns um eine Stellungnahme gebeten, wie die baden-württembergische Wirtschaft zur Bewältigung künftiger Krisen gestärkt werden kann. Der Aufforderung kommen wir hiermit gerne nach, beschränken uns auf die Tätigkeitsfelder unserer Mitglieder, die in der Regel familiengeführte KMU sind. Es handelt sich dabei um Weinkellereien und Fruchtsaftkellereien, Viehhandel und Schlachtbetriebe, Landhandel und Mühlen, Landtechnisches Handwerk und Handel, Landwirtschaftliche und Forstwirtschaftliche Lohnunternehmen.

Die Unternehmen sind im Liefer- oder Abnahmegeschäft der Landwirtschaft tätig und als Bestandteil der Wertschöpfungskette Lebensmittel systemrelevant. Nachdem diese Eigenschaft am Beginn des ersten Lockdowns festgestellt und in den Verordnungen abgebildet war, lief der Betrieb in den Unternehmen weiter und teilweise wurde die Produktivität z.B. aufgrund einer hohen Nachfrage an Getreideprodukten sogar gesteigert. Ausgenommen davon waren die Schlachtbetriebe deren Betrieb aufgrund geringerer Nachfrage, der strengen Hygieneauflagen und des arbeitsrechtlichen Ausschlusses von Subunternehmen und Leiharbeit in besonderer Weise beeinträchtigt waren. Trotzdem ist es der Branche gelungen die Funktion auch unter den widrigen Umständen aufrecht zu erhalten und die Landwirtschaft durch die Abnahme der Tiere zu entlasten.

Soweit wir wissen, wurde im privaten Agrargewerbe kein Kurzarbeitergeld in Anspruch genommen und wir können daher annehmen, dass die Branche im Bezug auf die Coronakrise bereits resilient war.

Wie andere Branchen würde das Agrargewerbe von Bürokratieabbau, Planungssicherheit durch stabile rechtliche Rahmenbedingungen, Investitionen in Bildung, Gewinnung von ausländischen Fachkräften, sinkenden Energiepreisen und gesicherter Energieversorgung usw. profitieren. Ganz konkret sind es aber andere Handlungsfelder, die wir aufzeichnen möchten.

Aufgrund der Abhängigkeit von der Landwirtschaft mit den hier produzierten Rohstoffen führen Klimawandel, Einschränkungen beim Pflanzenschutz, Umbau der Tierhaltung und Umstellung auf ökologische Produktion zu Beeinträchtigungen und ökonomischen Einbußen. Im Wesentlichen stehen die Unternehmen mit Ihren Produkten im internationalen Wettbewerb,

Seite 1 von 2

und die Merkkosten für die höheren Produktionsstandards lassen sich am Markt nur ausnahmsweise realisieren. Auch sehen wir, dass eine mangelnde öffentliche Wertschätzung der Leistungen von Land- und Agrarwirtschaft nicht spurlos an den Unternehmen und Ihren Mitarbeitenden vorbei geht. Ein unvermindert wachsender bürokratischer Aufwand und Fachkräftemangel beeinträchtigen die Leistungsfähigkeit der Branche.

Für die die Wertschöpfungskette Lebensmittel ist die aktuelle Situation bedrohlicher als es die Coronapandemie rückblickend war.

Aus unserer Sicht müssen dringend Grundlagen geschaffen werden, die eine ausreichende Lebensmittelversorgung mit regionalen Rohstoffen mit oder trotz der hohen Standards in Baden-Württemberg bzw. Deutschland gewährleisten.

Politische Maßnahmen müssen nachfrageorientiert sein. Nehmen wir als Beispiel den Bio-Markt. Während die Nachfrage nach Bio-Produkten in der Coronakrise gestiegen ist, sank sie mit Ausbruch des Ukraine-Kriegs deutlich und eine Trendumkehr ist nicht in Sicht. Hohe Energiekosten und steigende Inflationsraten werden die Preisempfindlichkeit der Kunden beim Lebensmittelkauf weiter steigern und den Absatz von Bio-Produkten behindern. Das politische Ziel einer Umstellung von 30 bis 40 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Flächen auf ökologischen Landbau, setzt aber eine steigende Nachfrage voraus.

Unabhängig von der Frage der Umstellung der Produktionsweise zeigt sich, dass die steigenden Produktionskosten durch hohe Standards und reduzierte Erträge durch Einschränkungen bei Pflanzenschutz und Düngung die heimische Land- und Agrarwirtschaft grundsätzlich schwächen. Letztlich stehen die Unternehmen in einem internationalen Wettbewerb und die Nachfrage nach günstigen Lebensmitteln wird aus dem Ausland befriedigt. Wenn gleich auch das heimische Agrargewerbe nicht ausschließlich von einer lokalen Urproduktion abhängig ist, wird es durch einen Mangel an Rohstoffen über kurz oder lang ökonomisch geschwächt.

Zur Sicherung der Versorgung mit Lebensmitteln brauchen wir Urproduktion und Verarbeitung im Land. Sowohl für die Landwirte als auch für die Verarbeiter in Deutschland schwächen nationale Alleingänge im Umwelt-, Wirtschafts- und Sozialrecht die Wettbewerbsfähigkeit nicht nur gegenüber Drittstaaten, sondern auch massiv gegenüber Ländern der europäischen Union. Ein gemeinsames Haus Europa hat nur eine Zukunft, wenn Wirtschaftsbetriebe innerhalb des Geltungsbereiches nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern von einheitlichen Rahmenbedingungen wechselseitig profitieren können.

Mit freundlichen Grüßen

Verband der Agrargewerblichen Wirtschaft e.V.



Dr. Brigitta Hüttche

Der Datenschutz ist uns sehr wichtig. Alle Informationen finden Sie unter: www.vdaw.de/datenschutz